

Rü. 19.12.17

Korrespondenz Opel Rüsselsheim Belegschaftsversammlung

### **Opel und GBR unterschreiben „Schuldrechtliche Vereinbarung“ Belegschaft neu herausgefordert den Kampf um jeden Arbeitsplatz aufzunehmen**

Am Freitag 15. Dezember fand im Opel-Werk Rüsselsheim die letzte Betriebsversammlung in diesem Jahr statt. Wie schon die letzten Versammlung war sie mit 7.000 – 8.000 Kolleginnen und Kollegen gut besucht. Vor dem Tor verteilte die MLPD ihr aktuelles Flugblatt zur Tarifrunde. Wer dachte, dass es mal wieder nichts Neues gibt, hatte sich getäuscht. Kurz vor Weihnachten wurde dort verkündet, dass am Tag vorher eine „Schuldrechtliche Vereinbarung“ zwischen Opel Vorstand, Gesamtbetriebsrat und IG Metall unterzeichnet wurde. Diese wurde per Beamer auf den Leinwänden gezeigt, ohne dass man sie wirklich lesen konnte. Auf Papier bekamen die Kollegen nichts. Hinter dem förmlich klingenden Namen steckt der Einstieg in die Umsetzung der von PSA geforderten Arbeitsplatzvernichtung, Umstrukturierung und Lohnkürzung. In den Betriebsräten der Werke wurde diese Vereinbarung regelrecht durchgepeitscht, ohne dass sie den Betriebsräten schriftlich vorlag. Dementsprechend ging es dem BR Vorsitzenden Wolfgang Schäfer-Klug in seiner Rede in erster Linie um die Vorstellung der Altersteilzeit, des Vorruhestandsprogramms und den noch auszuhandelnden Sozialplan. Der Abschluss der Vereinbarung wurde von Opel-Chef Lohscheller fast euphorisch gefeiert, entscheidend sei jetzt aber nicht der Plan, sondern die Umsetzung. Begleitet wurde alle Rede von regelrechten Horrorberichten über die täglich wachsenden Verluste und dass Opel die letzte Chance haben. Alles andere würde das Ende des Unternehmens und Tausender Arbeitsplätze bedeuten. Mit der Unterschrift unter diese Vereinbarung darunter haben die Betriebsratsspitze und IG Metall-Führung vor PSA kapituliert und den Kampf um jeden Arbeitsplatz aufgegeben. Der Vertrag beinhaltet folgende Punkte:

- Ein „Freiwilligen-Programm“ und Verhandlungen über einen noch abzuschließenden Sozialplan. Für solche Verhandlungen muss man den Arbeitsplatzabbau akzeptiert haben. Dabei geht es nicht mehr darum ob, sondern nur noch wie abgebaut wird.
- Aufhebung der Vereinbarung zur 1 zu 1-Neubesetzung der Stellen, die durch Altersteilzeit und Vorruhestand verloren gehen. Diese Regelung wurde 2013 noch als Mittel gegen schleichende Arbeitsplatzvernichtung abgeschlossen. Begründung jetzt: *Das Unternehmen wolle ja Stellen abbauen und müsste die neuen Kollegen dann wieder kündigen“.*
- Altersteilzeit für die Jahrgänge 1957-1960 auf „freiwilliger Basis“ bei maximal 3 Jahre passiver und 3 Jahre aktiver Phase. Die älteren Kollegen werden teilweise gezwungen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Rente zu gehen und entsprechende Rentenkürzungen in Kauf zu nehmen. Dass solche Programme wenig mit Freiwilligkeit zu tun haben, haben viele Belegschaften schon erlebt.
- Eine „Mobilitätsvereinbarung“ zur Versendung in andere Werke soll bald abgeschlossen werden. Auch damit gibt es im Bergbau Erfahrungen mit einem regelrechten „Verlegungsterror.“
- Einstieg in die Nichtübernahme: Die Januar-Auslerner bekommen nur 12-Monatsverträge. Sie können aber kurz vor Ablauf der 12 Monate eine Entfristung beantragen, der Opel stattgeben muss. Für die Auslerner im Sommer gibt es diese Regelung nach unseren Informationen nicht. Viele Kollegen fragen sich zu Recht, welche Zukunft der Standort hat, wenn die Alten mit ihrer Erfahrung gehen und keine Jungen nach kommen.
- Lohnkürzungen durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich: 40-Stunden-Verträge, die es massenhaft im Entwicklungszentrum (ITEZ) gibt sollen mit Lohnverlust auf 35-Stunden gesenkt werden. Zuerst hat Opel mit diesen Verträgen jahrelang weitere Neueinstellungen verhindert und nun sollen die Kolleginnen und Kollegen Lohnkürzungen hinnehmen. Gleichzeitig zeigt diese Maßnahme, dass die Arbeitszeitverkürzung

- ein wirksames Mittel zur Verhinderung von Arbeitsplatzvernichtung ist.
- Ausdehnung der Kurzarbeit auf die Standorte Rüsselsheim und Kaiserslautern für das erste Halbjahr 2018. Damit lässt sich Opel massenhaft vom Arbeitsamt Löhne finanzieren. Der Zuschuss auf maximal 6%-Lohnverlust vom Netto wird beibehalten. Dennoch sind das für einen Produktionsarbeiter 100-150€ Verlust im Monat. Die Leiharbeiter tragen die Verluste komplett.
  - Einrichtung einer dauerhaften Einigungsstelle: Einigungsstellen sind eine Einrichtung der „Mittbestimmung“ in Deutschland. Auch hier geht es grundsätzlich nur noch darum wie abgebaut wird und nicht mehr ob.

Über die Entlassung der Leiharbeiter, die Entlassungen bei den Dienstleistern, die Bedrohung für das Eisenacher Werk usw. wurde auf der Versammlung von Opel-Chef Lohscheller, aber auch von Schäfer-Klug kein Wort verloren. Zu den anderen Standorten wiederholte Lohscheller nur, dass sie „keine Werkschließungen planen“ würden.

Die sogenannte „Schuldrechtliche Vereinbarung“ ist ein Versuch, die Situation bei Opel zu befriden und ein Zusammengehen mit den Kollegen von Siemens und Thyssen zu vermeiden. Deshalb wurden alle konkreten Zahlen und Angaben rausgelassen bzw. geheim, die wesentlichen Maßnahmen in die Zukunft vertagt. So die tatsächlichen Abbauzahlen, die konkreten Produktions- und Entwicklungsplanungen, Details zum Sozialplan usw. Aber erstmals wurde offenkundig, dass mit der Neustrukturierung des PSA und Opel Konzerns ein großer Personalabbau in Deutschland verbunden ist.

Bei der Jugend wurde von PSA/Opel vor der Entlassung der Auslerner ausdrücklich aus politischen Gründen zurückgewichen. Der neue Vertrag beinhaltet eine Reihe weiterer Verpflichtungen an den Betriebsrat, die PSA/Opel letztlich mit der permanenten Einigungsstelle durchsetzen kann. Zugleich ist er Ausdruck der tiefen Defensive der PSA/Opel-Chefs, der weiterhin die offene Konfrontation mit der Konzernbelegschaft scheut. Unbedingt vermieden werden soll die Schlussfolgerung, dass die Bochumer mit ihrer Unbeugsamkeit Recht hatten. Er ist ein Versuch, die Opel-Belegschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen, die Belegschaften zu spalten und den Eindruck zu erwecken, dass daran nichts mehr zu ändern sei. Der Verhandlungsmarathon vor allem über den Sozialplan soll bis Juni 2018 abgeschlossen sein.

Der Hintergrund ist die Angst von PSA/Opel vor Arbeiterkämpfen

Bisher hat PSA/Opel sehr vorsichtig agiert und musste, um die Belegschaft zu beruhigen und Zeit zu gewinnen, immer wieder Zugeständnisse machen. Zuletzt durch den 100-Tage-Plan, nachdem es im Sommer mehrere kämpferische Protestversammlungen mit Streiks und von IG Metall Vertrauensleuten selbständig organisierten Demonstrationen gab. Die Bundestagswahl musste überbrückt werden. Vor einigen Wochen reagierte die Werksleitung in Rüsselsheim panisch auf von Vertrauensleuten organisierte Pausenversammlungen, schüchternete Kollegen massiv ein und rief die Polizei zur Durchsetzung ihres Hausrechts. Sie hatten Angst, dass der Abschluss des Kapitulations-Vertrags durch kämpferische Aktivitäten der Belegschaft scheitert. Der abgeschlossene Vertrag ist der Versuch die Belegschaft zur kampflosen Unterordnung unter die PSA-Pläne

### **Diesmal Aussprache auf der Belegschaftsversammlung, kämpferische Richtung stärkt sich im antikommunistischen Gegenwind**

Auf der Belegschaftsversammlung blieben 700 – 800 Kollegen bis zur Aussprache, obwohl sie auf nach der Pause gelegt wurde. Es gab neun Redebeiträge. Zunächst flog die Glaubwürdigkeit von Lohscheller und Personalchef Schumacher auf. Lohscheller war führender VW-Dieselgate-Manager in den USA und versprach schon den Eisenachern den Mokka. Schumacher den Bochumer Ersatzarbeitsplätze, auf die sie bis heute warten. Mehrere Kollegen nahmen die Verlustpropaganda auseinander, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Schnitt 30 Fahrzeuge im Jahr bauen. Kritisiert wurde die Kapitalistenlogik, die seit Monaten versucht, die

Proteste der Kollegen für die Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich zu machen. Aber auch der Kniefall des GBR vor PSA/Opel stand in die Kritik. Denn noch auf der letzten Versammlung wurde ausdrücklich gesagt, ein Verzicht bringe nichts. Viele Redner forderten den gemeinsamen Kampf um jeden Arbeitsplatz und griffen die Spaltung an, gegen Kollegen aus Dienstleisterfirmen, gegen die Eisenacher Kollegen und unsere Leiharbeiter. *„Der Kampf um jeden Arbeitsplatz fängt bei diesen Kolleginnen und Kollegen an. Egal welche Farbe unsere Arbeitsjacken haben.“* Junge Kollegen kritisierten die unhaltbaren Zustände und Arbeitsdruck an den Linien; den unmenschlichen Umgang mit den Leiharbeitern und deckten die Lügen der angeblichen Opel-Verluste auf. Eingebracht wurden Erfahrungen aus Bochum und der Stahlindustrie mit der Betrugslosung „keine betriebsbedingten Kündigungen“. Das ganze Bochumer Fahrzeugwerk wurde ohne eine einzige davon abgewickelt. Ein Kollege aus der Motorenentwicklung forderte Lohscheller auf, statt leerer Versprechungen einen konkreten Zeitplan für Entwicklungsaufträge an das Entwicklungszentrum vor zu legen. Andere stellten den Zusammenhang zur Tarifrunde her und mobilisierten für den 17.1. und dafür IGM-Mitglied zu werden. Auch die antikommunistischen Ausfälle des GBR-Vorsitzenden wurde erneut kritisiert. Nach dem Applaus von Lohscheller an den BR äußerte sich Schäfer-Klug: *„Mit ihrem Lob haben sie mich jetzt für die Aussprache an die stalinistische Sekte ausgeliefert. Da kann ich mir jetzt wieder einiges anhören.“* Das wurde als plumper antikommunistische Hetze angegriffen, die in der gewerkschaftlichen Diskussionskultur nichts zu suchen hat. Welche Partei jemand gut findet, soll jeder selber entscheiden. Aber bei der SPD müsste man eben mit der Politik von Andrea Nahles und Brigitte Zypries, der Ausweitung der Leiharbeit, Hartz4 usw. leben. Weitere Beiträge gingen auf die tatsächlich stattfindende Arbeitsplatzvernichtung ein und die schleichenden Angriffe von Lohscheller, seine Furcht vor der Belegschaft. Andere setzten sich mit der Flexibilisierung auseinander und forderten die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in allen Werken.

Nach der Betriebsversammlung gab es ausführlichen Diskussionsbedarf unter vielen Teilnehmern über die „Schuldrechtliche Vereinbarung“. Je länger der eigentliche Inhalt besprochen wurde, desto klarer kam raus: *„Wir sollen jetzt schlucken was da kommt. Die wollen zur Abwicklung übergehen. Das habe sie extra am letzten Arbeitstag vor Weihnachten gemacht.“* Einigkeit besteht darin, dass der für den 17.1. angekündigte Aktionstag der IG Metall zur Tarifrunde eine gute Gelegenheit ist, sich mit anderen Belegschaften zusammenzuschließen und für den Kampf um jeden Arbeitsplatz einzutreten.